

Friedrich Öhl

Wie Demokratie-politische Bildung unterrichten?

Man kann sich dieser Frage auf verschiedene Arten nähern, man kann nach Teilen der Frage fragen, also nach Demokratie, nach politischer Bildung oder nach Unterricht, allesamt hochinferente Begriffe, die alleine ganze Bibliotheken füllen, oder das wie befragen und sie auch mit einiger Berechtigung in dieser Form in Frage stellen.

Fangen wir bei der Berechtigung dieser Frage an, so lautet die schlichte Antwort ja und nein, je nachdem ob man ein Rezept oder die ideale Methode erwartet, oder ob man eine Zielvorstellung angibt. Die ideale Methode gibt es vielleicht, sie ist subjektbezogen, von individueller Disposition, einem privatem Bedürfnis oder einer erfahrungsgeleiteten Verunsicherung abhängig, also im Vorhinein nicht allgemein anzugeben. Geht man von einer Zielvorstellung aus, sind die Ziele mit einigen zentralen Begriffen beschreibbar: Freiheit oder Liberalität, Pluralität, Partizipation, vielleicht auch Solidarität, Chancengleichheit und soziale Sicherheit, aber da kommt man Ideologien schon sehr nahe.

Wenn wir nachsehen, ob und wie und in welchem Kontext diese zentralen Begriffe in veröffentlichten Regulativen des Unterrichts vorkommen, lassen sich die Zielvorstellungen und deren geforderte Umsetzung vielleicht an den konkreten Inhalten überprüfen.

Plattform Politische Bildung und Menschenrechtsbildung:

„Die Fähigkeiten, Fertigkeiten und die Bereitschaft an der Politik teilzunehmen und mitzugestalten“,

lautet die Metakompetenz Politischer Bildung auf der Plattform PB und MR.¹ Man sollte der Plattform PB und MR diesen hohen Abstraktionsgrad auf der Startseite zugestehen, steht sie doch als Motto für die zahlreichen Beiträge, die sich vielfältig und detailreich und hoffentlich in Zukunft noch kontroversieller damit auseinandersetzen.

AHS-Lehrplan

*„Geschichte und Politische Bildung befähigt die Schülerinnen und Schüler nicht nur gesellschaftliche und politische Strukturen zu verstehen, sondern auch alle Möglichkeiten der Mitbestimmung im demokratischen Willensbildungsprozess verantwortungsbewusst zu nützen“.*²

Umso mehr verwundert der hohe Abstraktionsgrad im AHS-Lehrplan. Abgesehen davon, dass das Verständnis gesellschaftlicher und politischer Strukturen - ohne räumliche und zeitliche Präzisierung, also allgemeingültig, globales Verstehen einfordernd - schon schwierig, kontroversiell oder zumindest multiperspektivisch ist, fehlt die Reflexionsebene der Forderung nach verantwortungsbewusstem Nutzen aller Möglichkeiten im demokratischen Willensbildungsprozess. Es gibt einige Möglichkeiten Verantwortung zu tragen: sich selbst gegenüber, ihrer oder seiner Familie gegenüber, ihren oder seinen FreundInnen, ArbeitskollegInnen gegenüber, den Gesellschaften, Unternehmen oder dem Staat an sich gegenüber, oder der „Tyrannei des vorherrschenden Meinens und Empfindens“, jenem Konformitätsdruck, den John Stuart Mill vor fast 150 Jahren für gefährlicher hielt als staatlichen Zwang. Hier wird nicht nur das „wie unterrichten“ ausgeblendet, sondern auch eine präzise

¹ <http://www.lehrerinnenplattform.at>: Welche Kompetenzen sollen Politische Bildung und Menschenrechtsbildung vermitteln?

² http://www.bmbwk.gv.at/mediapool/11857/lp_neu_ahs_05.pdf, S. 2

Angabe, was die Schülerin und der Schüler können soll. Der Grundsatzlerlass des Unterrichtsprinzips Politische Bildung³, der offensichtlich als Vorlage diente, ist wesentlich präziser, denn es wird zB. Zivilcourage für nötig gehalten und es werden Differenzierungen vorgenommen (in „unserer Republik“, für die „Menschheit“), wo wie zu handeln ist.

HTL-Lehrplan⁴

Der Schüler soll

- *zur aktiven Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben und zur Übernahme von politischer und sozialer Verantwortung bereit sein, die Prinzipien der österreichischen Bundesverfassung bejahen, zur interkulturellen Begegnung und zur friedlichen Konfliktbewältigung bereit sein;*
- *Entwicklungstendenzen der heutigen Gesellschaft kennen;*⁵

Der HTL-Lehrplan verlangt Bereitschaft politische Verantwortung zu übernehmen.. Die knappe Formulierung entspricht dem Gesamtaufbau des Lehrplanes, dennoch werden hier die Prinzipien der Bundesverfassung – nicht die Verfassung an sich, die ist bekanntlich eine zeitgeistige Übereinkunft und derzeit einem Reformprozess unterzogen - die interkulturelle Begegnung und die friedliche Konfliktbewältigung konkret genannt. Entwicklungstendenzen der heutigen Gesellschaft sollte der Schüler er-kennen, (vielleicht auch die, dass die HTL von Schülerinnen absolviert werden kann).

HLW-Lehrplan (Geschichte und Kultur)⁶

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- [...] - zur aktiven Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben und zur Übernahme von politischer und sozialer Verantwortung bereit sein;*
- die demokratischen Prinzipien bejahen, zur interkulturellen Begegnung und zur friedlichen Konfliktbewältigung befähigt sein;

Die HLW-Absolventinnen und Absolventen bejahen nicht die Bundesverfassung, sondern die demokratischen Prinzipien. Sie nehmen am öffentlichen und kulturellen Leben, das offenbar kein Teil der Öffentlichkeit ist, teil. Sie sind zu interkultureller Begegnung befähigt, in der HTL sollten die Absolventinnen und Absolventen dazu nur bereit sein

HAK-Lehrplan (Geschichte – Wirtschaftsgeschichte)⁷

„Die Schülerinnen und Schüler sollen im Sinne der politischen Bildung demokratische, den Werten der Menschenrechte verpflichtete, Grundhaltung lernen, zu aktiver Teilnahme am öffentlichen Geschehen fähig werden und auf der Basis von reflektierter Identität die Bereitschaft zur unvoreingenommenen Begegnung und Auseinandersetzung mit Fremden und Fremdem entwickeln sowie Missbrauch von Macht, Rechtsnormen und politischen Institutionen erkennen und diesem begegnen können.“⁸

Konkretes Verhalten wird von **HAK**-Absolventinnen gefordert: Sie hätten vielleicht 1989 am Tiananmen-Platz demonstriert, am Wenzelsplatz oder in Leipzig, 2004 in Kiew, 2005 in Bishkek. Aber darf man das so weit gehend interpretieren? Oder sollen wir uns damit begnügen, wenn sie sich gegen Folter einsetzen, für proportionalem Zugang von Mädchen zu Bildung, gegen sklavenähnliche Arbeitsbedingungen, denn ihre Grundhaltung orientiert sich an

³ http://www.eduhi.at/dl/Grundsatzlerlass_Politische_Bildung_deutsch.doc

⁴ in den berufsbildenden Schulen existiert jeweils ein eigener Gegenstand „Politische Bildung [und ...]“, der im wesentlichen auf die Kenntnis der Rechtsnormen und einer „Institutionenkunde“ ausgerichtet ist

⁵ http://www.berufsbildendeschulen.at/upload/395_allgem.doc

⁶ s. Anm. 4

⁷ s. Anm. 4

⁸ http://www.berufsbildendeschulen.at/upload/598_Anlage_A1.pdf

Quelle: Abstract des Vortrags auf der Konferenz Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich am 28. und 29. April 2005 in Wien, veranstaltet vom Demokratiezentrum Wien im Auftrag des bm:bwk

den Werten der Menschenrechte? Noch etwas ist interessant: Es wird nicht Toleranz („unvoreingenommene Begegnung“) gefordert, sondern Auseinandersetzung mit Fremden und Fremdem. „Toleranz sollte eine vorübergehende Tugend sein“, befand schon Geheimrat Goethe und schoss daraufhin in vorliberalem Enthusiasmus etwas übers Ziel mit der Forderung: „die wahre Liberalität ist Anerkennung“. Das geht wahrscheinlich zu weit, denn nicht alle Überzeugungen sind tolerierbar, geschweige denn anerkenntbar, aber Selbstzweifel („reflektierte Identität“) an sich und der eigenen Meinung, am Umgang mit den eigenen Erfahrungen, der Subjektivität der Informationsablage im Gedächtnis, sind, gelegentlich, durchaus sinnvoll.

Wahrscheinlich wäre es falsch, diese Unterschiede allzu politisch zu sehen und zu interpretieren; interessant ist es allemal, dass es schulartenübergreifend keine gemeinsame Lehrplan-Basis gibt, sieht man vom langsam reformulierungsbedürftigen Grundsatzlerlass Politische Bildung ab. (Das wäre doch ein lobenswertes Ziel des Year of Democratic Citizenship 2005!)

Bis hierher haben wir einige Erkenntnisse gewonnen und das Fehlen des Begriffes „Freiheit“ in allen Lehrplänen sollte nachdenklich machen. Auch die Frage nach dem „wie unterrichten“ lässt sich bisher nicht so richtig beantworten. Fragen wir daher nach dem „unterrichten“ und suchen in der Didaktik Antworten. Ohne hier die Moden der Didaktik auszubreiten, lässt sich in letzter Zeit doch eine gewisse Vorliebe zu zirkulären Modellen erkennen.⁹

Politische Bildung hat sicher eine erzieherische Konnotation und diese hat (auch) einen un-demokratischen, proletarisch-diktatorischen oder nationalsozialistischen Subtext, aber darum geht es hier nicht. Bildung ist etwas anderes als Erziehung. Erziehung bezieht sich auf das Erlernen der Codes einer lebensweltlichen Umgebung, Bildung zielt auf den selbst-bewussten Umgang damit, auf die Gestaltung öffentlicher Handlungsräume und auf die individuelle Organisationsfähigkeit. Ein didaktisches Modell demokratie-politischer Bildung muss daher beim Individuum ansetzen, Orientierung bieten können, die Absicht öffentlicher und sozio-ökonomischer Narrative beschreibbar machen, zur Re-Organisation befähigen und verständigungsorientiert sein. Es beinhaltet aber auch die Freiheit in einer unreflektierten Grundhaltung zu verharren und darin kein Orientierungsproblem zu sehen, aber das schließt bereits die Pluralität, die Anerkennung der Verschiedenartigkeit, auch im politischen Gebrauch, mit ein. Unreflektierte Grundhaltung ist auch nicht gleich zu setzen mit Vor-Urteilen. Urteile sind rational, bisweilen vielleicht auch pseudorational, sie sind argumentiert, situations- und zeitbezogen, aber auch richtig oder falsch. Urteilsfähigkeit macht nur dann Sinn, wenn sie die „wenn und aber“ einbezieht, die Reichweite der Gültigkeit anzugeben vermag und so auch irrationale Entscheidungsgrundlagen einbezieht.

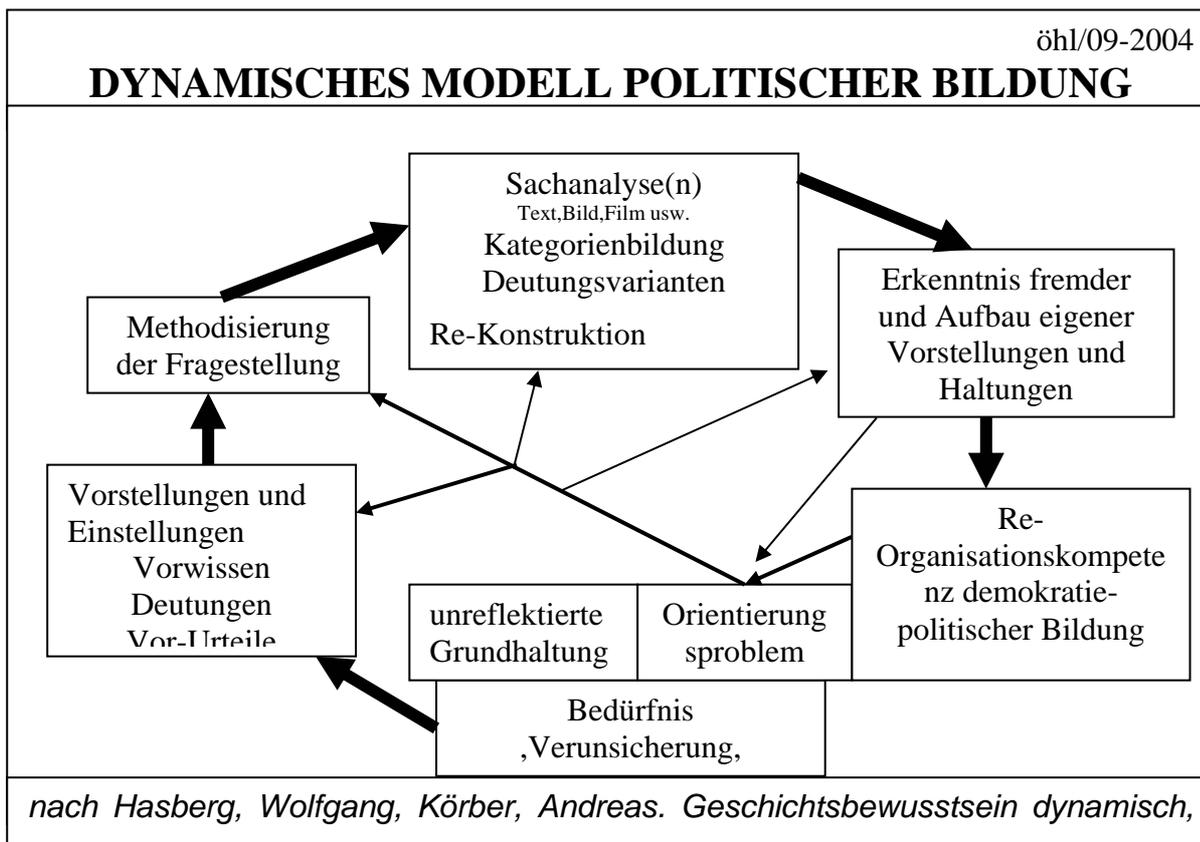
Die Gültigkeit von Beurteilungen und darauf basierenden Handlungsanleitungen, in der Politik etwa Gesetze, Geldverteilung oder Rechtsempfinden, unterliegt zumindest zeitlichen Veränderungen. So auch die Modelle: Informationsgesellschaft, Zivilgesellschaft oder Risikogesellschaft sind zeitgeistige Zuweisungen, die durch den Singular neben sich keine anderen Modelle von Gesellschaften vorsehen. Max Webers Forderung nicht von „Gesellschaft“ sondern von „Gesellschaften“ zu reden ist vorzuziehen, denn dies bezieht die Pluralität möglicher Konstruktionen mit ein. Ebenso wie die Informationsgesellschaft kann auch das Modell einer Zivilgesellschaft nur wenig Inspiration für Freiheit und Pluralität liefern. Beide Modelle wenden sich gegen Macht. Als Theodore Nelson 1965 sein „Docuverse“, die

⁹ vgl. Ecker, Alois. Das zirkuläre Modell der Didaktik. www.geschichte-online.at: http://online.univie.ac.at/index_m3.php?lid=1&sid=2742. oder Donnermaier, Christa. Politik als Problemlösung. Das zirkuläre Modell. In: Informationen zur Politischen Bildung 20, 2004, S. 115 ff.;

Quelle: Abstract des Vortrags auf der Konferenz Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich am 28. und 29. April 2005 in Wien, veranstaltet vom Demokratiezentrum Wien im Auftrag des bm:bwk

Vernetzung und Zugänglichkeit aller Texte für alle erträumte, hatte er keine (Informations-) Gesellschaftsmodelle vor Augen und die Internetnutzung war noch kein gesellschaftsrelevantes Thema. Der Streit, ob elektronische Informationsmedien die Bildungskluft verkleinern oder vergrößern ist politisch nur soweit relevant, wie ihm Relevanz zugemessen wird.

Demokratie-politische Bildung sollte von Bedürfnissen ausgehen und darauf abzielen, sie sollte orientierungsfähig machen und, vor allem, Stillstand vermeiden.



Dieses Modell kann nur einen Rahmen bilden für eine Methode des selbst-reflexiven Umgangs mit den Grundfragen und den Grundwerten demokratie-politischer Bildung, mit dem Ziel, politisches Bewusstsein reorganisieren zu können, Visionen für die Gestaltung demokratischer Öffentlichkeiten zur Diskussion zu stellen. Wenn Schülerinnen und Schüler erkannt haben, dass Demokratie und Politik ihr eigenes Leben betrifft, ihr Problem ist, aus ihren Fragen und Antworten besteht und dass sie Demokratie und Politik machen sollen/können/müssen ist zumindest etwas mehr als ein Erziehungsziel erreicht.